

Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfraktion
Eiland 10
42651 Solingen
T 0212 200740
www.gruene-solingen.de



Solingen, den 23.3.23

Rede von Bürgermeister Thilo Schnor

Ratssitzung am 23. März 2023

TOP Etatberatungen für das Haushaltsjahr 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleg:innen der demokratischen Fraktionen,
liebe Zuhörer:innen und Gäste,

heute verabschieden wir den städtischen Haushalt mit einem Gesamtvolumen von rund 786 Millionen Euro. Unsere Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen wird diesem Haushalt zustimmen. Obwohl wir mit dem Haushalt bei den Investitionen, u.a. bei den Schulen, richtige Schwerpunkte setzen, wissen wir auch, wie unzureichend er auf die anstehenden Aufgaben Antworten gibt, oder besser, geben kann. Wir stimmen zu, können aber trotz der Grünen Akzente, die wir setzten konnten, nicht zufrieden sein. Warum will ich nachfolgend gerne erläutern.

Viele Krisen beuteln auch unsere Stadt

Nach Erfolgen der Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspaktes II, mit einem ausgeglichenen Haushalt und einer signifikanten Reduzierung der Liquiditätskredite, ist heute die Situation angesichts der vielen Krisen komplett anders.

COVID-19, Hochwasserschäden, Russlands völkerrechtswidriger Krieg gegen die Ukraine, lassen mit den Folgekosten in Solingen die Liquiditätskredite bis 2026 voraussichtlich auf 665 Mio. Euro steigen. Auch werden Gewerbe-, Einkommens- und Umsatzsteuer in den kommenden Jahren nicht die erhofften Einnahmen erbringen. Hinzu kommt das nicht realisierte Einsparpotenzial bei der Landschaftsumlage für den LVR und die unsachgemäße Neufestlegung im Gemeindefinanzierungsgesetz der letzten schwarz-gelben Landesregierung, gegen die unsere Stadt zu Recht klagt. Alles zusammen genommen verschlechtert unsere finanzielle Situation.

Ab dem Haushaltsjahr 2024 verschärft sich die Lage, wenn Kosten aus Pandemie und Russlandkrieg nicht weiter in einem Schattenhaushalt bilanziert werden können. Bis 2026 werden schätzungsweise 380 Millionen Euro Sonderschulden auflaufen. Wie vom Land vorgeschrieben erfolgt dann eine Abschreibung über 50 Jahre, macht locker 7,5 Millionen Euro pro Jahr, die dann fehlen bei... Ja, wo fehlen sie dann? Bei Bildung, Umwelt, Klimaschutz, Mobilitäts- und Energiewende, Soziales, Wohnen, Personal, oder direkt überall? Diese Rechnung kann nicht aufgehen, nicht bei den Aufgaben, die vor uns liegen. Daher war es richtig, dass wir als Fraktionen im letzten Jahr in einem Schreiben u.a. an Bundeskanzler Scholz und Ministerpräsident Wüst einen gemeinsamen Notruf zur Finanznot unserer Stadt gerichtet hatten. Aktuell nimmt sich die grüne Landtagsfraktion mit einem Positionspapier dem Problem an.

Die Aufgaben unserer Generation heißen Umwelt- und Klimaschutz

Weltweit sind unsere Bemühungen völlig unzureichend, so der aktuelle IPCC Bericht. Dabei geht es beim Klimaschutz um Menschheitsschutz, Schutz der Demokratie und um eine gerechtere und friedfertigerere Welt. Gerade die letzten Jahre zeigen, wie sehr auf kommunaler Ebene die globalen Krisen konkret zu spüren sind, wie sehr sie uns betreffen. Mehr denn je gilt, global denken und lokal handeln. Wir als Kommune müssen in die Lage versetzt werden, auf Krisen adäquat reagieren zu können, mit einer ausreichenden Personal- und Finanzausstattung! Aber nicht nur das. Es ist Zeit umzudenken.

Paris und Montreal geben die Richtung vor

Mit dem Pariser Klimaabkommen will die Staatengemeinschaft den Anstieg der globalen Temperatur auf 1,5 Grad, oder mindestens unter 2 Grad begrenzen.

Die Konferenz von Montreal im letzten Jahr, ebenso wichtig wie Paris, suchte Antworten auf das sechste große Artensterben in der Geschichte des Lebens auf der Erde. Rund 200 Staaten verabschiedeten das Montreal-Abkommen zum Schutze von 30 % der Landes- und Meeresfläche. Paris und Montreal verpflichten zum Umdenken und zum Handeln.

Jeder Haushalt muss ein Umwelt- und Klimahaushalt sein.

Klimaschutz und Klimaanpassung müssen kommunale Pflichtaufgaben werden!

Dies forderten die über 560 Mitgliedskommunen des Klima-Bündnisses im vergangenen Jahr, dem Solingen seit 1992 angehört. Statt Förderprogramme fordert das Bündnis ein festes Budget, finanziert von Land und Bund für Maßnahmen und Personalkosten. Von Europa, über Bund und Land bis auf städtischer Ebene ist das Ziel Klimaneutralität Programm. Mit dem Urteil des Verfassungsgerichts von 2021 stehen wir dazu gegenüber den zukünftigen Generationen in der Pflicht. Klimapolitik darf nicht allein nach kommunaler Kassenlage erfolgen.

Dabei müssen wir uns als Stadt überhaupt nicht wegduckern, wenn es um Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz geht. Wir sollten unsere Erfolge und Anstrengungen nicht kleinreden, sondern ab und zu auch feiern. Vorhaben aus der Nachhaltigkeitsstrategie sind in der Umsetzung. In Sachen Klimaanpassung pflanzt die Stadt Straßenbäume, legt Blühstreifen an, lässt Regenwasser verzögert abfließen und fördert Dachbegrünungen sowie Photovoltaikanlagen.

Dies stärkt die Resilienz unserer Stadt gegenüber Hitzesommern und Starkregenereignissen. Und dennoch haben der Beirat Nachhaltige Kommune Solingen ebenso recht

wie der Beirat der Unteren Naturschutzbehörde. Beide Gremien sehen weiterhin wesentliche Bedarfe bei Finanz- und Personalausstattung. Es ist ein Erfolg, dass wir jetzt in den Haushaltsberatungen jeweils 100.000 Euro zusätzlicher Mittel konsumtiv und investiv für mehr Nachhaltigkeit durchsetzen konnten. Damit kann Solingen Projekte weiterführen und neue starten. Aber die Projektbegleitung und die Evaluation der Maßnahmen erfordert weiteres Personal. Daher fordern wir gemeinsam mit der SPD eine Ausweitung des Solinger Fördermanagements. Konkrete Stellen für 2024 konnten wir leider nicht durchsetzen. Gleiches gilt für unsere Stellenforderungen in den Bereichen Naturschutz, bei der Unteren Wasserbehörde und Mobilität. Die Verwaltung hat nun die Aufgabe, Möglichkeiten der Finanzierung zu prüfen.

Die Mobilitätswende braucht ein „JA“ von Politik und Gesellschaft

Die sozial-ökonomische Wende wird einiges von uns abverlangen, aber auch Chancen bieten. Mit dem Integrierten Mobilitätskonzept, das nun im Dialog mit der Stadtgesellschaft entwickelt wird, soll auch unsere Stadt noch lebenswerter werden. Auch mit dem beschlossenen Nahverkehrskonzept setzten wir uns ehrgeizige Ziele. An dieser Stelle eine Erfolgsmeldung. Wo weltweit 2022 der globale CO₂-Ausstoß um 0,9 Prozent bzw. 321 Millionen Tonnen gestiegen ist, konnte Solingen seine Treibhausgasbilanz aufgrund vielfältiger Maßnahmen u.a. durch Umsetzung des integrierten Klimaschutzkonzeptes kontinuierlich senken. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt betragen die energiebedingten Emissionen gerechnet pro Einwohner:innen anstatt 7,3 Tonnen in Solingen nur 5,3 Tonnen CO₂eq. Mit Blick auf Paris wird jetzt die Restbudgetbetrachtung wichtiger. Wir müssen Klimaneutral werden. 1,5 Grad ist kaum noch zu erreichen, daher rückt das 1,75 Grad Ziel mehr in den Fokus. Wir hätten dann in Solingen bis 2045 anstatt nur bis 2035 Zeit. Auch das ist ambitioniert und bedeutet, wir müssen jedes Zehntel Grad Anstieg vermeiden und Treibhausgase einsparen wo es geht – eben auch im Verkehr. Laut Gutachten müssten wir dazu jährlich rund 33.000 Tonnen CO₂ einsparen. Anteilig neben Wirtschaft, Kommune und Wohngebäuden wären bei der Mobilität umgerechnet der Fahrzeugbestand jährlich um 2.500 PKWs zu reduzieren. Zur

Zeit sind rund 100.000 PKWs in Solingen angemeldet. Wer hier auf das Fahrrad umsteigen möchte und kann, sollte sichere Radwege in unsere Stadt vorfinden. Im Augenblick wird die Veloroute 2 von Ohligs nach Mitte politisch diskutiert. Der wegfallende Parkraum wird problematisiert. Hierzu ein Rechenbeispiel zum Verhältnis Auto und Fahrrad. 100.000 PKWs benötigen bei 12 m² Stellfläche pro Auto umgerechnet den Raum von 168 Fußballfeldern. Die Veloroute, bei der grob angenommen 300 Parkplätze auf der Strecke entfallen würden, beansprucht rechnerisch mit diesen Flächen ungefähr einen halben Fußballplatz, sorgt dafür aber auch für mehr Sicherheit beim Radfahren und für einen besseren Verkehrsfluss, da die Radfahrer nicht mehr mittig auf der Fahrbahn radeln, um parkende Autos zu umfahren. Fahrradwege auf zentralen Hauptachsen in einer modernen Großstadt sollten Standard sein. Städte wie Paris, Barcelona und Kopenhagen zeigen längst, was eine Stadt damit an Lebensqualität gewinnt. Natürlich sehen wir die Einzelinteressen, die Frage, wo soll ich denn hin mit meinem Auto? Wir werden Lösungen erarbeiten. Aber klar ist, der Parkplatz vor der Haustür wird es nicht immer sein können. Aber es ist nicht die Verkehrswende, die uns heute zu viel abverlangt, nein, diese nicht beherzt anzugehen, wird vielmehr unsere Kinder belasten. Wer Reformen verzögert, zahlt drauf, siehe Energiewende.

Investieren wir in die Zukunft und in den Zusammenhalt unserer Gesellschaft

Dass wir heute schon unsere Stadt modernisieren zeigen die hohen Investitionen, die wir leisten. Schauen wir nach Ohligs, nach Burg und Mitte, und schauen wir was bei Schulen, Turnhallen, Haltestellen, Feuerwachen und beim Klinikum ansteht. Auch im Sozialbereich sind viele Dienstleistungen zu finanzieren, die beispielsweise die Wohlfahrtsverbände für uns erbringen. Dabei klafft bei der Finanzierung der Arbeit der Wohlfahrtsverbände oft eine Finanzierungslücke, die die Kommunen nicht, oder nicht alleine ausgleichen können. Auch hier sind Land und Bund gefragt. Im Haushalt beanspruchen die sozialen Hilfen und Transferkosten heute knapp 50 % der Ausgaben. In den Haushaltsverhandlungen haben wir angesichts des angespannten Haushalts nur Projekten zugestimmt, deren Gegenfinanzierung abgebildet werden konnte. Mit der von uns mit eingebrachten Idee der Verschiebung der Verleihung der Schärfsten Klinge

konnten wir uns Spielräume schaffen. Die Verleihung selbst soll nun im kommenden Jahr als eine Leuchtturmveranstaltung im Rahmen des Stadtjubiläums stattfinden. Mit den erfolgreich durch Umschichtung im Haushalt gewonnen konsumtiven Mitteln können wir jetzt beispielsweise die Förderung von Schwimmassistenten fortsetzen. Auch die Entfristung der Stellen im Kommunalen Ordnungsdienst stimmen wir zu, sehen aber weiteren Stellenbedarf in den bereits genannten Stadtdiensten.

Mit den wachsenden Aufgaben von Staat und Kommune schadet die Kombi von Schuldenbremse und Tabuisierung von Steuererhöhung unserem Land. Damit setzen wir unsere Gesellschaft einer Zerreißprobe aus. Der Deutsche Städtetag schreibt zu den Stadtfinanzen: „Bereits jetzt ist absehbar, dass die Kommunen keinerlei eigenen finanziellen Spielraum haben, um die Ziele der Bundesregierung zum Beispiel beim ÖPNV oder der Umsetzung engagierter Klimaschutzziele zu unterstützen.“ Vielmehr werden „die Kommunalhaushalte durch Haushaltsdefizite und real sinkende Investitionen sowie einen Vermögensverzehr gekennzeichnet sein.“ Der Bund muss umsteuern, muss in Klimaschutz investieren, nicht in klimaschädliche Subventionen, die uns 60 Milliarden Euro kosten. Es braucht mehr Geld in den regionalen Schienenverkehr und kein Ausbau der A3 von sechs auf acht Spuren. Eine höhere Besteuerung höchster Vermögen, z.B. der Erbschaftsteuer, darf in Krisenzeiten kein Tabu mehr sein. Regt sich keine Unterstützung für die Kommunen bei Bund und Land, werden wir in Solingen die nächsten Haushalte ohne Steuererhöhungen nicht stemmen können. Ein Altschuldenfonds reicht nicht mehr. Wir Grüne wollten zur Gegenfinanzierung unserer für notwendig erachteten Stellenforderungen die Parkgebühren erhöhen. Zum ersten Mal übrigens seit 30 Jahren. Unser zweistufiges Modell fand jedoch keine Mehrheit. Begründung: das Parkraumkonzept liege noch nicht vor, wegen fehlender Personalkapazitäten, womit sich der Kreis des Mangels schließt.

Wir verabschieden heute den Haushalt in Verantwortung für unsere Stadtgesellschaft. An dieser Stelle möchte ich der SPD, der Iris, und der FDP, Herrn Albermann, für die guten und konstruktiven Verhandlungsrunden danken. Aber auch den anderen Frakti-

onen danke ich für die sachgerechte Verhandlungsatmosphäre. Wir sehen uns schwierigen und vielfältigen Aufgaben gegenüber. Der Austausch der Politik mit der Stadtgesellschaft, Wirtschaft und den zahlreichen aktiven Akteur:innen ist wichtiger denn je. Die Solidarität in unserer Stadt konnten wir in den letzten Jahren erleben. Wir sind eine lebendige Stadt und das gibt Mut für die Zukunft. Ich danke schließlich dem Oberbürgermeister, dem Kämmerer und der Verwaltung, die diesen Haushalt aufgestellt haben sowie den vielen Mitarbeiter:innen, die sich jeden Tag für unsere Stadt einsetzen.